

VOICE

Die Zeitschrift der GfbV | September 2020 | Nummer 3



Abstimmung vom
29. November 2020

Volksabstimmung vom 29. November 2020

Konzernverantwortungsinitiative: Warum sie eine Selbstverständlichkeit ist

Wenn Konzerne Trinkwasser verseuchen oder ganze Gemeinschaften vertreiben, sollen sie dafür geradestehen. Das fordert die Konzernverantwortungsinitiative. Warum die GfbV diese unterstützt.

Glencore vergiftet Flüsse in Kolumbien und die Luft in Sambia. Der Basler Konzern Syngenta verkauft gefährliche Pestizide, die bei uns schon lange verboten sind und die zum Beispiel indigene Gemeinschaften in Brasilien vergiften. Und in Nigeria gefährdet der Zementriese LafargeHolcim die Menschen mit Zementstaub. Immer wieder verletzen Konzerne mit Sitz in der Schweiz die Menschenrechte und ignorieren minimale Umweltstandards. Die Konzernverantwortungs-

initiative fordert eine Selbstverständlichkeit: Wenn Konzerne Trinkwasser verseuchen oder Menschenrechte verletzen, so sollen sie dafür geradestehen: Mit dem neuen Gesetz könnten ausländische Geschädigte in der Schweiz vor einem Zivilgericht auf Schadenersatz klagen. Zudem würden Unternehmen zu einer angemessenen Sorgfaltsprüfung verpflichtet.

Als eine der 14 Trägerorganisationen der unterdessen rund 120 unterstützenden Organisationen engagiert sich die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) seit dem Anfang für dieses Anliegen. Denn indigene Völker und Minderheiten sind häufig betroffen von den negativen Auswirkungen wirtschaftlicher Aktivitäten.



**GESELLSCHAFT
FÜR BEDROHTE
VÖLKER**



Im Falle der peruanischen Goldmine Yanacocha bezahlte der Konzern den gewaltsamen Einsatz von Sicherheitskräften gegen Proteste der Bevölkerung.

Dies zeigt folgendes Beispiel aus unserer Arbeit:

Die indigene Bäuerin Máxima Acuña lebt in den peruanischen Anden. Im Boden ihres Grundstücks wurde Gold entdeckt. Die grösste Goldmine Südamerikas, Yanacocha, wollte dort eine neue Goldmine errichten und die Bäuerin vertreiben. Doch diese wehrte sich – und mit ihr der grösste Teil der lokalen Bevölkerung. 2012 eskalierten die Proteste gegen Yanacocha, und bei Demonstrationen wurden fünf Personen getötet. Yanacocha war fast jedes Mittel recht: Sie bezahlte den gewalttätigen Einsatz von Sicherheitskräften, Máxima wurde verprügelt, ihre Kinder bedroht, ihre Ernte vernichtet. Yanacocha klagte die mittellose Bäuerin an – doch diese wurde zur Ikone: Sie reiste an die Uno und an eine Pressekonferenz der GfbV in Bern. Immer mehr Leute solidarisierten sich mit ihrem Kampf, sie gewann den prestigeträchtigen Goldman-Umweltpreis. Schliesslich sistierte Yanacocha 2016 die Ausbaupläne und schrieb 1,6 Milliarden Dollar Investitionen ab. Während der ganzen Zeit lieferte Yanacocha zwei Drittel des Goldes an die Schweizer Raffinerie Valcambi. Doch die Raffinerie stoppte den Import des Goldes auch 2012 nicht, als es Tote gab. Bei Annahme der Konzernverantwortungsinitiative müsste Valcambi eine seriöse Sorgfaltsprüfung aller Goldlieferanten durchführen und den Import von Lieferanten stoppen, die Menschenrechte verletzen.

Text: **Christoph Wiedmer** Co-Geschäftsleiter GfbV

Unterstützen Sie die Konzernverantwortungsinitiative vor der Abstimmung!

Damit die Konzernverantwortungsinitiative am 29. November angenommen wird, braucht es das Engagement jeder Einzelnen und jedes Einzelnen. Machen auch Sie mit!

- **Ab sofort:** Schreiben Sie Postkarten, um Ihre Freundinnen, Freunde und Bekannte auf das Anliegen aufmerksam zu machen.
- **Ab sofort:** Hängen Sie Fahnen auf, nützen Sie Kampagnenmaterial wie Kleber oder Velodreiecke.
- **Ab sofort:** Treten Sie einem der über 350 Lokalkomitees bei.
- **Ab sofort:** Spenden Sie für den Abstimmungskampf.
- **September/Oktober:** Beteiligen Sie sich an der Telefonaktion, um weitere Unterstützerinnen und Unterstützer zu mobilisieren.
- **Oktober:** Beteiligen Sie sich an den Aktionstagen.
- **November:** Machen Sie bei Standaktionen mit und verteilen Sie Flyer.
- **November:** Mobilisieren Sie Ihre Bekannten per Telefon und SMS, damit sie an der Urne JA einlegen.

Material bestellen und die Abstimmung unterstützen:

- www.konzern-initiative.ch/kampagnenmaterial
- www.konzern-initiative.ch/versprechen-fuer-den-abstimmungskampf

JA zur Konzernverantwortungsinitiative!

Die Konzernverantwortungsinitiative ist keine Initiative gegen multinationale Unternehmen, wie es die Gegner weismachen wollen. Viele Firmen wirtschaften verantwortungsvoll – für sie bringt die Initiative keine Nachteile. Sie verändert aber die Situation für jene Firmen mit Hauptsitz in der Schweiz, die in anderen Ländern Menschenrechte oder Umweltstandards verletzen oder dies in Kauf nehmen. Neu könnten ausländische Geschädigte in der Schweiz vor einem Zivilgericht auf Schadenersatz klagen. Zudem würden Unternehmen zu einer angemessenen Sorgfaltsprüfung verpflichtet, welche sowohl Tochterfirmen als auch Lieferanten betrifft. Ausgenommen von der Initiative sind KMUs.

Die GfbV unterstützt die Initiative und empfiehlt zum Schutz von indigenen Gemeinschaften, am 29. November JA zu stimmen.

Mehr auf Seiten 4/5 sowie unter www.konzern-initiative.ch



Interview mit Dick Marty

Dick Marty ist Co-Präsident des Initiativkomitees der Konzernverantwortungsinitiative. Der Rechtswissenschaftler war bis 2011 Abgeordneter des Europarates sowie Ständerat der FDP für den Kanton Tessin.

Wieso ist die Initiative so wichtig?

Grosse internationale Konzerne sind nicht mehr an ein Land gebunden und sie sind oft auch in fragilen Kontexten tätig. Viele Konzerne sind sogar mächtiger als Staaten. Es braucht verbindliche Gesetze, damit sich alle Konzerne an gewisse Regeln halten. Für Schäden, die sie anrichten, müssen sie geradestehen. Wir verlangen mit der Initiative also eine Selbstverständlichkeit.

Wie können wir die Abstimmung gewinnen?

Das erreichen wir, wenn es uns gelingt, die Leute zum Abstimmen zu motivieren. Dafür müssen wir aufzeigen, warum die Initiative nötig ist. Wir sprechen von Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden in Ländern, die weit weg sind. Doch das, was in diesen Ländern passiert, betrifft auch uns. Martin Luther King hat einmal gesagt: Eine Ungerechtigkeit irgendwo ist eine Gefahr für die Gerechtigkeit überall.

Wie kann ich als Privatperson die Initiative am besten unterstützen?

Jede Stimme ist wichtig und jede Stimme kann entscheidend sein. Die Gegner haben Millionen für ihre Nein-Kampagne. Diese Mittel haben wir nicht. Aber wir haben die Überzeugung, dass wir uns für die richtige Sache einsetzen. Wenn alle Leute in ihrem Umfeld und in ihrer Bekanntschaft die Leute motivieren können, an der Abstimmung teilzunehmen, werden wir gewinnen. Mit Sicherheit.

Interview: **Konzernverantwortungsinitiative**



Editorial

Nun steht es definitiv fest: Am 29. November stimmen wir über die Konzernverantwortungsinitiative ab. Die GfbV war von Anfang an als Trägerorganisation dabei und empfiehlt klar ein JA, denn auch indigene Gemeinschaften und Minderheiten sind von Menschenrechtsverletzungen durch Konzerne mit Sitz in der Schweiz betroffen. Nach Annahme der Initiative wären diese zu einer angemessenen Sorgfaltsprüfung verpflichtet, und Geschädigte könnten vor einem Schweizer Zivilgericht klagen – eigentlich eine Selbstverständlichkeit. Im Hauptartikel ab Seite 1 erklären wir anhand von verschiedenen Beispielen, worum es geht.

Die Initiative greift ein Kernthema der GfbV auf: die Beteiligung von Schweizer Firmen an Projekten, welche den Lebensraum von indigenen Gemeinschaften zerstören oder zur Diskriminierung von Minderheiten beitragen. In vielen unserer Kampagnen zeigen wir solche Missstände auf und reichen beispielsweise Beschwerde beim Schweizer Kontaktpunkt für die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen ein (siehe Seite 7). Dies ist aber ein freiwilliges Instrument – die Konzernverantwortungsinitiative ist also trotzdem notwendig.

Der kommende Abstimmungskampf wird hart. Wie Dick Marty, Co-Präsident des Initiativkomitees im Interview auf dieser Seite erklärt, investieren die Gegner Millionen von Franken in ihre Nein-Kampagne. An einen Politik-Krimi erinnern auch die Debatten im Parlament und im Bundesrat während den vier Jahren seit Einreichen der Unterschriften (siehe Infografik Seite 4-5).

Umso mehr kommt es auf die Unterstützung jeder Einzelnen und jedes Einzelnen: Gehen Sie abstimmen und mobilisieren Sie ihr Umfeld! Vielen Dank für Ihren Einsatz für die Menschenrechte.

Christoph Wiedmer, Co-Geschäftsleiter GfbV

IMPRESSUM

VOICE 3, September 2020 **Herausgeberin:** Gesellschaft für bedrohte Völker, Birkenweg 61, CH-3013 Bern, 031 939 00 00, info@gfbv.ch, www.gfbv.ch
Redaktion: Bettina Wyler und Dominique Schärer **Layout:** Tania Brügger Márquez **Mitarbeit an dieser Nummer:** Angela Mattli, Bettina Wyler, Christoph Wiedmer, Corinne Bächtold, Dominique Schärer **Erscheinungsweise:** vierteljährlich **Auflage:** 4000 Exemplare **Druck:** Mattenbach AG; gedruckt auf Plano Speed **Abonnement:** CHF 30.–/Jahr **Mitgliederbeitrag:** mindestens CHF 60.–/Jahr **Titelbildfoto:** Konzernverantwortungsinitiative

JA zur Konzernverantwortung

Im Herbst wird über die Konzernverantwortung abgestimmt.
Die GfbV gehört zu den Trägerorganisationen, da auch indigene Gemeinschaften und NGOs

Chronologie der Initiative

April 2015

Start der Unterschriftensammlung für die Konzernverantwortungsinitiative.

Oktober 2016

Die Volksinitiative wird mit rund 120 000 Unterschriften eingereicht.

Januar 2017

Der Bundesrat lehnt die Initiative ohne Gegenvorschlag ab.

September 2017

Die Initiative gelangt zur Behandlung ins Parlament.

Wirtschaft und Menschenrechte spielen in den GfbV-Kampagnen eine wichtige Rolle



#NoComplicity: Menschenrechte in China

China geht massiv gegen die tibetische und uigurische Gemeinschaft vor. In die systematische Überwachung der uigurischen Bevölkerung in Ostturkestan (Xinjiang) ist über wirtschaftliche Beziehungen auch die Schweizer Bank UBS involviert (siehe News auf Seite 7).

Wenn Wirtschaftsprojekte Sami-Rechte verletzen

Die indigenen Sami wurden in Norwegen bis in die 1960er Jahre unterdrückt. Heute sind es vor allem Wirtschaftsprojekte, die ihre Kultur bedrohen. Die GfbV fordert von Schweizer Firmen wie Credit Suisse und BKW, dass sie die Rechte der Sami respektieren. Dies gilt auch für Investitionen in erneuerbare Energie.

FOTO: FRANZISKA ROTHENBÜHLER



FOTO: DANIEL SCHWEIZER

No I
Mit
sich
abba
und
grös
ansä
Vera

Verantwortungsinitiative!

Verantwortungsinitiative abgestimmt:

Minderheiten von Menschenrechtsverletzungen durch Schweizer Firmen betroffen sind.

Juni 2019 bis Juni 2020

Der Bundesrat unterstützt einen noch viel schwächeren Gegenvorschlag.

29. November 2020

Geplante Abstimmung über die Konzernverantwortungsinitiative. Wird sie abgelehnt, tritt der Gegenvorschlag in Kraft.

Oktober 2017 bis Juni 2019

Debatte im Parlament. Schliesslich lehnt das Parlament die Initiative ab. Über einen Gegenvorschlag, der auch von den Initianten akzeptiert würde, besteht Uneinigkeit.

Juni 2020

Das Parlament entscheidet sich für den schwachen Gegenvorschlag. Den Initianten geht dieser nicht weit genug.

Wichtige Rolle. Drei Beispiele.



Dirty Gold!

Ihrer Kampagne «No Dirty Gold!» setzt die GfbV gegen schmutzigen Goldbau ein, der Menschenrechte verletzt und die Umwelt zerstört. Vier der weltweit grössten Raffinerien sind in der Schweiz ansässig und tragen eine besonders grosse Verantwortung.

Facts und Figures zur KVI



Die Initiative wird von rund **120 Organisationen** getragen



Tausende Freiwillige unterstützen die Initiative in über **350 Lokalkomitees**



Über **200 Unternehmerinnen und Unternehmer** engagieren sich im Wirtschaftskomitee für verantwortungsvolle Konzerne



Mehr als **240 Persönlichkeiten** aus der Politik engagieren sich im Bürgerlichen Komitee für die Initiative



Rund **400 Kirchgemeinden** und Pfarreien setzen sich aktiv für das Anliegen ein



In der ganzen Schweiz hängen **40 000 orange Fahnen**, um die Initiative sichtbar zu machen.

Massive Abholzung im Schatten der Corona-Krise

FOTO: SHUTTERSTOCK



Noch nie seit Messbeginn wurde so viel Amazonasfläche abgeholzt wie in den ersten sechs Monaten des Jahres 2020.

Während der letzten Monate wurde das Leben vieler Menschen auf der ganzen Welt vom Corona-Virus dominiert. Die indigenen Gemeinschaften des Amazonas sind sogar von zwei Seiten in ihrer Existenz bedroht: durch das Virus und durch die Zerstörung ihres Lebensraumes. Letztere hat während der Krise zugenommen. Eine Übersicht über die aktuelle Situation in Brasilien.

Anfang März dieses Jahres reiste Davi Kopenawa Yanomami an den 43. Uno-Menschenrechtsrat in Genf. Der Schamane und indigene Leader machte auf die tausenden illegalen Goldwäscher im Gebiet der Yanomami aufmerksam, die gefährliche Krankheiten bringen, die Natur verwüsten und die Umwelt mit Quecksilber vergiften. Die GfbV unterstützte ihn und zwei Delegierte brasilianischer NGOs mit der Moderation eines Side-Events vor Ort, der die Auswirkungen des illegalen Goldabbaus und der indigenen-feindlichen Politik Brasiliens auf die unkontaktierten Indigenen aufzeigte. Kurz darauf wurde der Menschenrechtsrat wegen der Corona-Pandemie abgebrochen.

Das Virus hat seither weitreichende Folgen für die Yanomami und andere indigene Gemeinschaften des Amazonas. Die Krankheit

wird meist von illegalen Goldschürfern, Holzfällern, Mitarbeitenden der Behörden oder dem Militär in die Indigenen-Gebiete gebracht. Im Dorf von Leader Antonio Bráz starben bis im Juni bereits sechs Personen, obschon sich die Tupinambá-Gemeinde mit Selbstisolation zu schützen versucht (siehe Seite 8). Aufgrund der dringlichen Lage hat die GfbV im Frühling einen Spendenaufruf gemacht und so die indigene Dachorganisation APIB bei einer Nothilfe-Aktion unterstützt.

Zunahme der Abholzung

Gleichzeitig hat die Abholzung des Amazonas neue Höchstwerte erreicht: Noch nie seit Messbeginn wurde so viel Amazonasfläche abgeholzt wie in den ersten sechs Monaten des Jahres 2020. Dies geschah bewusst im Schatten der Corona-Krise, wie Aussagen von Umweltminister Salles zeigen: Er plädierte im Frühsommer dafür, das weltweite Chaos zu nutzen, um den Weg für die weitere Ausbeutung des Amazonas zu ebnen. Auf internationalen Druck haben er und Präsident Bolsonaro im Juli 2020 zwar ein Dekret erlassen, das Brandrodung für vier Monate verbietet. Doch kontroverse Aussagen des Präsidenten unmittelbar nach Unterzeichnen des Dekrets zeigen, dass sich an der destruktiven Haltung der Regierung nichts geändert hat.

Zudem löst es das Problem der illegalen Abholzung nicht, die vor dem Abbrennen geschieht. Holzfäller und Bauern schaffen mit der illegalen Abholzung vollendete Tatsachen und spekulieren darauf, dass ihr Vorgehen von den Behörden nachträglich legalisiert wird.

Kretä Kaingang von der Partnerorganisation APIB betont: «Das geplante Freihandelsabkommen zwischen den EFTA- und Mercosur-Staaten erleichtert Holzfällern, Goldgräbern und Landbesetzern den Zutritt zum Amazonas, und es fördert damit die Zerstörung». Die GfbV setzt sich bezüglich der angedachten Beteiligung der Schweiz deshalb dafür ein, dass Indigenenrechte und der Schutz der Umwelt konkret und mit strengen Bedingungen im Nachhaltigkeitskapitel verankert werden. In diesem Zusammenhang führte die GfbV im August zusammen mit der indigenen Dachorganisation APIB und GfbV Deutschland unter dem Slogan „Jetzt illegale Abholzung stoppen!“ eine Social Media Aktion durch. Gemeinsam fordern sie von der brasilianischen Regierung, einen konkreten Massnahmenplan zu entwerfen, um die Abholzung langfristig zu bekämpfen und die Rechte der Indigenen zu garantieren.

Druck ausüben auf Brasilien

Neben dem Engagement bezüglich dem geplanten Freihandelsabkommen will die GfbV auch auf den geplanten Beitritt Brasiliens zur OECD Einfluss nehmen. Hierzu verstärkte sie in den letzten Monaten ihre internationalen Allianzen. Zudem veröffentlichte sie als Teil einer NGO-Koalition ein Papier zu den Mängeln Brasiliens hinsichtlich der OECD-Standards. Diese Koalition fordert die OECD-Kommission auf, Brasiliens Missachtung der Indigenen-, Arbeits- und Menschenrechte und der lasche Umgang mit Umweltzerstörung in ihrem Entscheid über den Beitritt zu berücksichtigen. Vom südamerikanischen Kontinent sind bisher nur Chile und Kolumbien Mitglied bei der OECD.

Erfolge trotz Corona

Die Tupinambá konnten ihren Kampf für ihr Territorium in den letzten Monaten trotz den Herausforderungen weiterführen: Dank einer Zuwendung der GfbV führten

sie unter Einhaltung der Hygienemassnahmen den so wichtigen Austausch unter den Gemeinden in reduzierter Form fort. Sie kamen der offiziellen Anerkennung ihrer Territorien zudem einen wichtigen Schritt näher: So bald wie möglich wird ein Team aus Anthropologen, Archäologen und Biologen Studien auf ihrem Gebiet durchführen um nachzuweisen, dass es ihnen gehört. Diese Exkursion finanziert die GfbV.



FOTO: ISA

Trotz Corona konnte die Gemeinschaft der Yanomami ihr Kakao-Projekt vorantreiben. Dieses schafft alternative Einkommensmöglichkeiten zum illegalen Goldabbau.

Gleichzeitig konnten die Yanomami ihr Kakao-Projekt vorantreiben, das jungen Yanomami eine andere Einkommensmöglichkeit als das illegale Gold-Geschäft ermöglicht (siehe Voice 2/2020). So konnten sie weitere Setzlinge pflanzen, mussten aber wegen COVID-19 auf die Unterstützung vor Ort durch die brasilianische Partnerorganisation ISA verzichten.

Text: **Julia Büsser** GfbV-Kampagnenleiterin

NEWS

Überwachung der Uiguren – GfbV reicht Beschwerde gegen UBS ein

Die GfbV hat eine Beschwerde gegen die Bank UBS eingereicht, wegen ihren Geschäften mit dem chinesischen Konzern Hikvision. Dieser spielt eine wichtige Rolle bei der Überwachung der uigurischen Bevölkerung in China.

Die Schweizer Grossbank UBS steht in einer Geschäftsbeziehung zum chinesischen Konzern Hikvision, dem weltweit grössten Entwickler und Hersteller von Überwachungstechnologien. Dieser nimmt bei der Massenüberwachung von Uiguren und Uigurinnen in der chinesischen Provinz Xinjiang (Ostturkestan) eine zentrale Rolle ein. So belegen Recherchen von Branchenkennern, dass Hikvision im Auftrag der chinesischen Sicherheitsbehörden in der Region Massenüberwachungssysteme im Wert von fast 300 Millionen US-Dollar installiert hat und Technologien bereitstellt, die direkt in den chinesischen Zwangslagern Verwendung finden.

Die UBS ist gemäss Recherchen der GfbV seit 2016 über Anlageprodukte und Dienstleistungen in den Konzern involviert. Zusätzlich verwaltet sie als «Nominee-Shareholder» Aktienanteile für unbekannte Investoren. Obwohl die Menschenrechtskrise in Xinjiang seit Mitte 2018 öffentlich bekannt ist, stockte die UBS im Februar 2020 ihre Position sogar auf.

«Angesichts der zentralen Rolle von Hikvision bei der Massenüberwachung der uigurischen Bevölkerung in Ostturkestan hat die UBS aus Sicht der GfbV ihre Unternehmensverantwortung ungenügend wahrgenommen», sagt Angela Mattli, GfbV-Kampagnenleiterin. «Aus diesem Grund ist die GfbV der Ansicht, dass die UBS weder die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen noch ihren eigenen Verhaltens- und Ethikkodex eingehalten hat.» Im Juni hat die GfbV deshalb eine Beschwerde beim Schweizer Kontaktpunkt für die OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen eingereicht.

Text: **Dominique Schärer** Kommunikation GfbV



«Die Pandemie betrifft uns sehr»

Cacique Antonio Bráz ist der traditionelle Anführer der Tupinambá im brasilianischen Amazonas. Die GfbV unterstützt die Gemeinschaft beim Schutz des Regenwaldes und der Durchführung ihrer Versammlungen. Während der Corona-Pandemie stand die GfbV immer wieder in Kontakt mit Cacique Bráz: Auszüge aus seinen Nachrichten.

Zusammengestellt von **Corinne Bächtold**, GfbV-Praktikantin Kommunikation

Cacique Bráz über die Situation der Tupinambá während der Corona-Krise:

«Wir befinden uns in Quarantäne. Der Austausch zwischen den Dörfern der Gemeinschaft ist erschwert. Die Menschen hier leiden. Aktuell können wir auch nicht jagen und überleben von dem, was es im Dorf hat. Die Nahrungsmittel gehen uns aus, wir können nicht in die Stadt gehen und Lebensmittel kaufen.»

In den Monaten vor Corona war die Gemeinschaft der Tupinambá damit beschäftigt, ihr Territorium zu markieren, damit es später als indigenes Gebiet anerkannt wird.

«Die Pandemie betrifft uns sehr. Wir können momentan nicht in die Hauptstadt Brasília reisen. Das wäre aber notwendig, um den Demarkierungsprozess weiter voran zu treiben. Und wir müssten mit einem Anthropologenteam zusammenarbeiten, das eine Dokumentation von unserem Territorium machen kann. Wir haben ein Team gefunden, das mit uns arbeiten wird, doch Reisen sind momentan nicht möglich.»

Die Amazonas ist besonders betroffen vom Corona-Virus:

«Das Virus ist auch hier im Reservat angekommen. Viele unserer indigenen Geschwister sind verstorben. Allein in unserem Dorf waren es sechs Tote. Die Leader fordern die Behörden auf zu handeln. Die Gemeinschaften brauchen dringend medizinische Unterstützung. In manchen Dörfern leiden alle an schweren Grippe-symptomen, möglicherweise ist es Covid-19. Sie versuchen mit traditionellen Heilmitteln, das Virus zu bekämpfen. Ein Leader meinte, das Virus wäre nur in der Stadt, doch es war schon längst im Dorf angekommen.»

Die Tupinambá treffen Entscheidungen in grossen Versammlungen. Auch jetzt gibt es viel zu entscheiden, denn die Amazonas-Abholzung hat deutlich zugenommen.

«Wegen dem Corona-Virus versammeln wir uns momentan nicht. Denn an unseren Versammlungen nehmen bis zu 200 Personen teil. Aber ich bin in Kontakt mit den anderen Caciques. Ich versuche sie zu informieren, dass diese Pandemie sehr gefährlich ist und dass Menschen sterben. Trotzdem müssen wir auch über unsere geplanten Aktionen und Proteste sprechen. Beispielsweise unseren Schiffsprotest, bei dem wir jedes Jahr den Fluss blockieren. Wir hoffen, dass die Pandemie spätestens im August vorbei ist.»

Die Informationen von Cacique Bráz stammen vom Juni 2020, aus einem Austausch per Whatsapp mit Kampagnenleiterin Julia Büsser.



FOTO: ZVG

Wie die GfbV hilft

Die GfbV begleitet die Gemeinschaft der Tupinambá auch während der Corona-Krise. So konnte Cacique Bráz einzeln in die anderen Dörfer reisen und sich mit den verantwortlichen Anführern austauschen. Weiter unterstützt die GfbV den Demarkierungsprozess der Tupinambá und übernimmt beispielsweise die Kosten für die Dokumentation durch das Anthropologenteam. So treffen die Tupinambá während der Corona-Krise wenigstens

Vorbereitungen für den weiteren Demarkierungsprozess und konnten Mitte August sogar zu einer mehrwöchigen Expedition hierzu aufbrechen. In Zusammenarbeit mit der Indigenen-Dachorganisation APIB (Articulação dos Povos Indígenas do Brasil) und weiteren Organisationen wurde zudem eine Corona-Nothilfe aufgestellt, um indigene Gemeinschaften mit den notwendigsten Gütern zu versorgen.